

Universitätsstadt Tübingen
Fachbereich Kunst und Kultur
Blum, Christopher Telefon: 07071-204-1538
Gesch. Z.: 4/

Vorlage 66/2018
Datum 07.02.2018

Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales**

Betreff: **Besuch der 2. und 3. Generation ehemaliger jüdischer Familien Tübingens**

Bezug:

Anlagen: 0

Zusammenfassung:

Die Verwaltung plant seit 2014, bei ihrer Beschäftigung mit der NS-Geschichte Tübingens und ihren Nachwirkungen, die sogenannte 2. und 3. Generation in den Blick zu nehmen. Der 80. Jahrestag der Pogromnacht 1938 im November 2018 bietet den Anlass, diese Thematik breiter zu behandeln. Dazu sollen Kinder und Enkel von während der NS-Zeit ins Exil getriebenen Tübinger Jüdinnen und Juden nach Tübingen eingeladen werden.

Ziel:

Der Gemeinderat soll über die Initiative der Verwaltung und den für November 2018 geplanten Besuch von Nachkommen ehemaliger jüdischer Familien Tübingens informiert werden.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Auf unabsehbare Zeit wird das Verhältnis zwischen Juden und Deutschen, zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Deutschen durch die Verbrechen des Nationalsozialismus geprägt bleiben. Die deutsch-jüdische Geschichte endete nicht mit dem Ende des NS-Regimes; auch nach 1945 gibt es eine Geschichte von Juden und Deutschen und zunehmend auch von jüdischen und nichtjüdischen Deutschen. Die Auseinandersetzung und Aufarbeitung der NS-Geschichte setzte allerdings erst spät ein. Das Thema wurde zunächst weitgehend verschwiegen, verdrängt, vergessen.

Tübingen hat sich, ebenfalls erst spät, aber dann sehr intensiv mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit beschäftigt. Trotz einzelner noch zu untersuchender Aspekte ist gerade die Geschichte des jüdischen Tübingens sehr gut erforscht. Durch Ausstellungsprojekte, Publikationen, Vortragsreihen und insbesondere Einladungen an ehemalige jüdische Bürgerinnen und Bürger Tübingens wird die Erinnerung an diesen Teil der Stadtgeschichte durch die Verwaltung und viele weitere Akteure aufrecht erhalten.

Die Verwaltung will diesen Weg weitergehen, die Perspektive aber erweitern und den Blick auf die Zukunft richten. Mit einem qualitativ neuen Ansatz, der traditionelle Muster der Gedenkkultur hinter sich lässt, möchte sie einen neuen erinnerungspolitischen Akzent setzen. Es geht ihr weniger um das alleinige Gedenken im Rückblick; vielmehr soll der Blick – ohne die Opfer aus dem Blick zu verlieren – nach vorne gerichtet werden. Die Verwaltung möchte gewissermaßen in einen Dialog über die Zukunft der Erinnerungspolitik treten. Ihr geht es sowohl um die Erinnerung als auch um die Selbstvergewisserung in einer Demokratie, um die Frage, wie wir, aus der Beschäftigung mit der Geschichte heraus, in einer demokratischen Gesellschaft Zukunft gestalten – und zwar gemeinsam mit den Nachfahren jener, die zwischen 1933 und 1945 zum Opfer geworden sind, und die heute im Übrigen selbst wieder vermehrt zum Objekt von Antisemitismus werden.

Hier kommen die zweite und dritte Generation ins Spiel. Die Zeit der Zeitzeugenschaft nähert sich dem Ende. Das Gespräch über die Vergangenheit und Zukunft darf aber nicht abreißen, sondern muss fortgeführt werden, in Kontakt mit jenen Angehörigen dieser Generation, die an einem solchen Austausch Interesse haben. Die Themenstellung ist dabei vielfältig: es geht um eine mögliche Normalität zwischen Juden und Deutschen, zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Deutschen, es geht um das Sich-Stellen und um Verdrängung auf beiden Seiten, um die Sicht auf den jeweils anderen, um familiäre Konsequenzen und Auswirkungen dieser Geschichte, um das Verhältnis der Nachgeborenen zum Land der Täter und der Stadt, aus der die Eltern und (Ur-)Großeltern vertrieben wurden; die Fragen werden sich auch im Gespräch ergeben. Wichtig ist der spezifische Blick auf Tübinger Geschichte, auf die Nachkommen jener, die hier nationalsozialistisches Unrecht erlitten haben. Es ist ein internationaler Ansatz – der vor allem auch im erinnerungspolitischen Diskurs in Israel eine Rolle spielt - und lokaler Beitrag gleichermaßen. Dazu möchte die Verwaltung im direkten Austausch und im öffentlichen Diskurs mit Angehörigen ins Gespräch kommen und die Impulse aus diesem Dialog in die städtische Erinnerungspolitik aufnehmen.

Der 80. Jahrestag der Pogromnacht 1938 im November 2018 bietet einen guten Anlass, dieses Thema stärker in das Blickfeld der Tübinger Öffentlichkeit zu tragen und diesen Gedenktag mit einem besonderen Projekt zu begehen und zu würdigen.

2. Sachstand

Seit 2014 ist die Verwaltung daher mit der Geschichtswerkstatt Tübingen über das Thema der sogenannten „zweiten und dritten Generation“, im Gespräch. Die Verwaltung plant, in der Zeit vom 6./7. bis zum 13./14. November 2018 Nachfahren von jüdischen Tübinger Familien einzuladen. In Kooperation mit der Geschichtswerkstatt und als zentraler Beitrag zum Programm zum 9. November möchte die Verwaltung dazu ein Programm organisieren, das neben offiziellen Anlässen (vor allem am 9. November selbst) eine öffentliche Podiumsdiskussion, Fachgespräche, Schulbesuche und die Präsentation der DVD-Neuedition des Films „Die Tübinger Juden“ umfasst. Dazu soll den Gästen Gelegenheit gegeben werden, sich auf den Spuren jüdischen Lebens und denen ihrer Familien in Tübingen zu bewegen.

Das Programm soll im Einzelnen in Abstimmung mit den Gästen entwickelt werden.

3. Vorgehen der Verwaltung

Um zu eruieren, wie eine solche Projektidee bei den Nachfahren aufgenommen wird, hat die Verwaltung bereits mit folgenden Personen Kontakt aufgenommen:

- Doris Doctor sowie Ruth Doctor und Linda Doctor: Tochter bzw. Enkelinnen der Familie Bernheim
- Jeffrey und Bernard Marque: Enkel von Josef Wochenmark, Söhne von Arnold Marque
- Oded Hamm: Sohn von Noemi Hamm (geb. Inge Lion)

Die Reaktionen waren positiv: Die Angeschriebenen haben großes Interesse an einer solchen Begegnung geäußert und ihrerseits bereits Fragestellungen und Anregungen ins Gespräch gebracht. In den nächsten Wochen soll nun eine offizielle Einladung an die betreffenden Personen ausgesprochen werden und das Projekt inhaltlich und organisatorisch weiter vorbereitet werden.

Die Verwaltung wird vor dem Besuch ausführlich im Gemeinderat über das Programm berichten.

4. Lösungsvarianten

Das Projekt und mit ihm der Besuch wird auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, zum Beispiel den 85. Jahrestag der Pogromnacht.

5. Finanzielle Auswirkungen

Nach einer ersten überschlägigen Kalkulation rechnet die Verwaltung bei einem Besuch von 12 Personen mit Kosten von rd. 25.000 Euro. Diese werden aus dem Etat des Fachbereichs Kunst und Kultur, HHSt. 1.3410.6100.000 (Feste und Feiern) und 1.3410.6101.000 (Sonderveranstaltungen) bezahlt.